

Anno ... 15. Woche

1861, 12. April: Die tiefe soziale, politische und wirtschaftliche Spaltung zwischen den Nordstaaten und den Sklavenhalterstaaten des Südens der USA eskaliert. Truppen der Konföderation des Südens beschießen das Fort Sumter (South Carolina), der amerikanische Bürgerkrieg beginnt.

1941, 12. April: Nachdem die deutsche Wehrmacht am 6. April Griechenland und Jugoslawien überfallen hatte (siehe jW-Thema vom 6.4.2011), verabschiedet die Kommunistische Partei Deutschlands zusammen mit dem Kommunistischen Jugendverband eine Erklärung, in der sie sich mit dem Kampf der Bevölkerungen in diesen Ländern gegen die faschistische Okkupation solidarisiert: »Das jugoslawische Volk führt einen gerechten Krieg, wenn es seine Heimat gegen die Aggression des deutschen Imperialismus verteidigt und vor der Ausplünderung durch die deutschen Okkupanten bewahren will.«

1951, 14. April: In Gelsenkirchen kommen mehr als 1000 Delegierte zum »Deutschen Kongreß der Widerstandskämpfer, der Opfer des Faschismus und des Krieges« zusammen. Die Anwesenden, unter ihnen viele Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), verurteilen in einem Manifest die Remilitarisierung Westdeutschlands und rufen »zum gemeinsamen, entschlossenen Handeln« gegen die Wiederbewaffnung auf.

1956, 11. April: Nachdem Frankreich am 20. März 1956 die Unabhängigkeit Tunesiens anerkannt hatte, wird Habib Bourguiba, der Vorsitzende der Parti Néo-Destourien (PND), Premierminister des Landes. Am 14. April verabschiedet die tunesische konstituierende Versammlung in Tunis den ersten Artikel der neuen Verfassung. In ihm heißt es, Tunesien »ist ein freier, unabhängiger, souveräner Staat islamischer Religion und arabischer Sprache«.

1956, 12. April: Bei den Parlamentswahlen in Ceylon (heute Sri Lanka) gewinnt die linksbürgerliche »Nationale Volksfront«. Chef der Regierung wird der Vorsitzende der Ceylonesischen Freiheitspartei, Solomon Bandaranaike. Die Regierung verfolgt eine antiimperialistische Politik, beseitigt die britischen Militärstützpunkte, nimmt Beziehungen zu sozialistischen Staaten auf und verstaatlicht die Häfen und das Transportwesen. Solomon Bandaranaike wurde wegen dieser Politik 1959 ermordet.

<https://www.jungewelt.de/artikel/162132.anno-15-woche.html>